

Freitag, 8. September 2023

Schaffhauser Nachrichten

Das Intelligenzblatt – seit 1861
162. Jahrgang, Nummer 208
AZ 8200 Schaffhausen
Preis FR. 4.00
www.shn.ch

Wissenswertes für die Ohren

In unserem Spezial-Podcast erfahren Sie alles Spannende über die National- und Ständeratswahlen. / 17

Der Traum vom Zirkusleben

Mit nur 13 Jahren verliess Vincenz Lang aus Stetten sein Zuhause, um in Berlin Zirkusartist zu werden. / 18



Ein Treibhausgas als Rohstoff für den Bau

WINTERTHUR.

Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Grosse Unternehmen investieren sogar darin. Sie erkennen, dass Kunden in Zukunft Produkte mit einem kleinen ökologischen Fussabdruck wünschen. Und in der angewandten Forschung existieren Konzepte, wie CO₂ als Rohstoff für Baumaterialien dienen kann. Das sind einige Erkenntnisse aus dem diesjährigen «Swiss Green Economy Symposium», das diese Woche in Winterthur stattfand.

Mit SP-Nationalrätin Martina Munz und dem Empa-Forscher Matthias Sulzer traten zwei Schaffhauser in den Diskussionsrunden auf. Sulzer plädierte für eine neue Denkweise im Umgang mit Daten und Technologien. Munz debattierte mit Axpo-Chef Christoph Brand sowie Alexander Keberle vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse über Atomkraft. Sie sagte, es geschehen «Experiment mit der Bevölkerung». (rza) / 7

«Wie können wir CO2 als Rohstoff nutzen?»

Beim Thema Nachhaltigkeit mangelt es nicht an Konzepten und in der Energiepolitik nicht an roten Linien – das sind nur zwei Erkenntnisse aus dem «Swiss Green Economy Symposium» von dieser Woche.

Reto Zanettin

WINTERTHUR. Nachhaltigkeit ist längst mehr als ein blosses Modewort. Spätestens mit den Klimazielen – Netto-Null bis 2050 – ist die politische Debatte darum entbrannt. Und Unternehmen wie der Chemiekonzern BASF investieren in die eigene Vergrünerung. Dies nicht nur aus reiner Gutmütigkeit, sondern auch aus wirtschaftlichem Kalkül: In Zukunft würden Kaufentscheidungen wesentlich vom CO₂-Fussabdruck bestimmt werden, sagt Lars Kissau, der bei BASF für Projekte zur CO₂-Reduktion verantwortlich ist. Es erschliesst sich, dass das Unternehmen von einem wachsenden und künftig hinreichend grossen Markt für nachhaltige Produkte ausgeht. Doch das war diese Woche am «Swiss Green Economy Symposium» (SGES) in Winterthur nur eine Notiz unter vielen. Diskutiert haben Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Forschung auch über Innovationen, Daten, Industriepolitik und Atomkraft.

1 Mehr als CO₂-Vermeidung: Kohlenstoff als Baustoff

Was können Forschung und Innovation zum Netto-Null-Ziel beitragen? Darüber sprachen miteinander Lars Kissau, Nationalrätin Franziska Ryser (Grüne) und Tanja Zimmermann, Direktorin der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt Empa. Sie dachte über die Reduktion von CO₂, etwa durch technischen Fortschritt, hinaus. «Wie können wir CO₂ als Rohstoff nutzen?», stellte sie in den Raum. Die Frage kam nicht aus Unwissenheit – Zimmermann leitet die zweitgrösste Forschungsanstalt des ETH-Bereichs. Viel eher war die Frage von einiger Tragweite. Man kann den CO₂-Verbrauch verringern sowie bereits emittiertes Kohlenstoffdioxid der Atmosphäre entnehmen und unterirdisch einlagern. Mit eingefangenen CO₂, einer Kohlenstoff-Sauerstoff-Verbindung, wieder etwas Nützliches anfangen ist etwas Weiteres. Zum Beispiel kann man über chemische Prozesse gewonnenen Kohlenstoff in Baumaterialien verwenden, wie Zimmermann schilderte. Er sei dann für lange Zeit in Gebäuden gebunden. «Solche systemischen Ansätze müssen wir fahren», fand die Empa-Direktorin. Silodenken greife zu kurz. Kissau dachte an Infrastruktur und Logistik, etwa an Pipelines, in denen aus der Luft gefiltertes CO₂ von A nach B zur Lagerung oder Weiterverwendung transportiert werden kann. Das sei ein Thema, das «nicht ganz so leicht» sei. Ryser sah die Herausforderung für die Politik darin, «rasch und offen» zu regulieren. Es brauche mehr Innovation in der Politik. Ein Beispiel sei der Solarexpress, der den Bau von Solaranlagen in den Bergen erleichtern soll. «Innerhalb von drei Wochen wurde ein Gesetz komplett neu geschrieben und von beiden Räten beraten. Das ist für Schweizer Verhältnisse enorm rasch.»

2 Forderung nach einer pädagogischen Transformation

In einer anderen Diskussionsrunde ging es um Daten und darum, wie sie zu mehr Nachhaltigkeit führen können. Der Schaffhauser und Empa-Forscher Matthias Sulzer trat dabei besonders in Erscheinung. «Wir müssen Daten als Ressource betrachten», sagte er. Die Herausforderung sah Sulzer weniger auf der technologischen Seite, eher auf der gesellschaftlichen: «Wie gehen wir mit Daten um? Wie nutzen wir Daten in Zukunft?» Er beobachtet, dass der Forschungsnachwuchs Probleme nicht mehr linear – über Formeln – löst, sondern mit ganzen Modellen. Das sei eine komplett neue Denkweise. Sulzer gab ein Beispiel dafür, wie eine Firma Daten wirkungsvoller einsetzen könnte: Was wäre, würde Coca-Cola nur noch halb so viel Zucker enthalten? Die darstellbaren Auswirkungen reichten weit über die Organisationsgrenzen hinaus, erstreckten sich etwa auf das Gesundheitssystem, die Spitäler und so weiter – sie wären riesig, so Sulzer. Sein Wunsch ist es, «dass man akzeptiert, dass es auch eine pädagogische Transformation braucht». Die Verwendung von Daten solle schon ganz früh in der schulischen Laufbahn vermittelt werden. Das schliesse den Einsatz von Künstlicher Intelligenz an Schulen mit ein; diese müsse von Beginn weg Bestandteil der Ausbildung werden.

3 Andere Länder als die Schweiz betreiben Industriepolitik

Sulzer selbst ist Co-Gründer von zwei Empa-Spin-offs. Solche Jungunternehmen bewegten sich gerne im Umfeld der ETH, weil sie daraus Fachkräfte rekrutieren können. Thilo Stadelmann, der sich als Professor an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften mit Künstlicher Intelligenz befasst, pflichtete bei, dass der Standort Zürich für Firmen «sehr geeignet» sei. Der Standortwettbewerb sei aber nicht auf benachbarte Städte oder Regionen beschränkt, sondern global. An dieser Stelle aber zeigt sich für Sulzer, dass die zu starke Fokussierung auf Daten, Infrastruktur und Fachkräfte ausblende, was zurzeit im Weltmassstab ablaufe: Der Inflation Reduction Act, ein letztes Jahr beschlossenes US-amerikanisches Gesetz, sei «pure Industriepolitik», ein «Geldregen», der auch Startups anlocke. In der Schweiz hingegen gelte solche Industriepolitik als verpönt. Muss das Land diesbezüglich über den eigenen Schatten springen? Eine abschliessende Antwort gab es in Winterthur nicht.



Windkraft gilt als nachhaltig. Norwegische Umweltverbände lehnen sie jedoch ab, erzählt Axpo-CEO Christoph Brand. BILD KEY

Dafür aber tauchte ein Stichwort wieder auf: Forschungsk Kooperationen. Von solchen kann man sich Impulse für Forschung und Innovation erhoffen. Beim europäischen Programm Horizon Europe gilt die Schweiz jedoch nach wie vor als nicht assoziierter Drittstaat – derweil Grossbritannien nach dem Ausschluss im Jahr 2020 wieder zum milliardenschweren Programm zurückkehrt, wie diese Woche bekannt wurde (siehe Seite 8 dieser Ausgabe).

4 Atomkraft bleibt umstritten, ist aber laut Axpo-CEO nicht unsicher

Was Deutschland gemacht habe, sei unverantwortlich gewesen, fand Alexander Keberle vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, als er über das «A-Wort der Energiepolitik» – die Atomkraft – sprach. Aus dieser ist das Nachbarland zur Schweiz ausgestiegen, die letzten drei Werke gingen im April vom Netz. Für die Schweiz wünscht sich Keberle: «Sicher bis 2040 oder 2050 werden die Kernkraftwerke laufen müssen.» Letztlich darüber entscheiden werde das Nuklearsicherheitsinspektorat Ensi. Ob es in Zukunft neue Atomkraftanlagen brauche, liess Keberle offen.

Eine konträre Position nahm die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz ein. «Wir haben den ältesten Atomkraftwerkpark der Welt. Wir wissen nicht, wie versprödet diese Reaktoren im Inneren sind.» Es sei ein «Experiment mit der Bevölkerung» im Gange, so die Sozialdemokratin. Sie will nicht, dass «in diese veraltete Technik, in diese alten Kernkraftwerke» investiert wird. «Das ist falsch investiertes Geld.» Dieses solle in erneuerbare Energien gesteckt werden. Axpo-CEO Christoph Brand wollte kein Plädoyer für neue Kernkraftanlagen halten. Er entgegnete aber, das älteste Atomkraftwerk der Welt – Beznau 1 – sei immer wieder nachgerüstet, instandgehalten und modernisiert worden und insofern sicher. Die kommerziell genutzte Atomkraft verursache pro erzeugte Megawattstunde Strom nicht mehr Tote als Fotovoltaikanlagen. Brand erzählte, er habe kürzlich mit einem norwegischen Berufskollegen gesprochen. Dieser berichtete von Umweltverbänden, die gegen Windkraftanlagen kämpften, aber den Ausbau von Atomkraft fordern würden. Brand folgte: «Man kann nicht zu allem Nein sagen.» Eine pointierte Note setzte Alexander Keberle. Er beschrieb Blockaden als grosses Problem in der Energiepolitik und sagte: «Jede Partei müsste eine rote Linie fallen lassen.» Zurzeit wollten alle einen Konsens – solange das Zugeständnis nicht von einem selbst ausgehen müsse.